



Liebe AWEPA-Kolleginnen und -Kollegen

AWEPA ist mit verschiedensten Programmen in vielen Ländern von Afrika erfolgreich tätig. Von den zwei Demokratie-Aufbau-Projekten, die von der Schweiz unterstützt werden, ist das «Forum des Parlements des Etats membres de la Conférence internationale sur la région de Grands lacs» auf gutem Weg. Davon hat sich die Delegation der Schweizer Sektion von AWEPA, bestehend aus *Therese Frösch* (politische Koordinatorin für das Projekt und Ex-Nationalrätin), *Pierre-François Veillon* (Vorstandsmitglied und Nationalrat) und mir als Präsidentin AWEPA Schweiz und Nationalrätin, überzeugen können. Wir haben im Januar in einer kurzen und hervorragend organisierten «Mission d'Evaluation» Kinshasa, Kigali und Bujumbura besucht und uns in zahlreichen Gesprächen mit

Mitglieder der Internationalen Konferenz der Staaten der Region der Grossen Seen



- 1 Sudan
- 2 Südsudan
- 3 Zentralafrikanische Republik
- 4 Republik Kongo
- 5 Demokratische Republik Kongo
- 6 Ruanda
- 7 Burundi
- 8 Uganda
- 9 Kenia
- 10 Vereinigte Republik Tansania
- 11 Angola
- 12 Sambia

Die Schweiz im gleichen Masstab

Parlamentariern, Senatoren, Projektmitarbeitenden und Funktionären aus den Ländern Kongo, Ruanda und Burundi ein Bild gemacht über die Entwicklung dieses Forums. Dieses wurde im Jahre 2008 ins Leben gerufen und umfasst heute 12 Staaten rund um die Grossen Seen, d. h. vom Kongo bis Tansanja und von Zentralafrika bis Angola. Aus möglichst allen diesen Staaten treffen sich Parlamentarier jährlich in diesem Forum, das von Ausschüssen und AWEPA als Coach organisatorisch und inhaltlich vorbereitet wird. Im Zentrum steht als wichtigstes Ziel Friede und Sicherheit. Das wurde angesichts der konflikthafter Beziehungen zwischen den beteiligten Ländern und ihrer schwierigen Geschichte miteinander von allen Diskussionspartnern bestätigt und betont. Ob dann zu mal dieses Forum Kommissionen bilden kann, die gemeinsame Strategien in der Bildung, in der Gesundheitsversorgung, in

der volkswirtschaftlichen Entwicklung abstimmen, ist noch Zukunftsvision. Dass aber das Forum in dieser politisch instabilen und von fast unlösbaren Konflikten geprägten Zeit überhaupt zu existieren vermag, das ist eine wertvolle Errungenschaft, das ist der Erfolg. Brennende Themen werden in diesen Treffen aufgegriffen, Gewalt gegen Frauen, good Governance, gesetzliche Regelungen für die Minenkonzerne, Jugendarbeitslosigkeit. Das wichtigste aber und Neue ist, dass auf Ebene der Legislativen miteinander geredet wird. Das Kommunikationsnetzwerk ist Voraussetzung für jede Kooperation, und dieser Boden ist gelegt. Wir hoffen, dass die DEZA diesem Projekt weiterhin eine Chance gibt und es auch für die nächste Periode unterstützt. ●

Maja Ingold

Maja Ingold, Präsidentin AWEPA/Schweiz

Agenda

- X** AWEPA Schweiz: **Vorstandssitzung** Donnerstag, 10. September, 7.15 Uhr, Sitzungszimmer 7
- X** AWEPA International: **MDG Parliamentary Seminar on «Peace, Security and Sustainable Development»**, Brüssel, 8. und 9. Oktober

Situation in Burundi immer besorgniserregender

Unter den politischen Eliten Afrikas macht sich Appetit auf Verfassungsänderungen breit. Entgegen der Amtszeitbeschränkung auf zwei Mandate strebt zurzeit in Rwanda Paul Kagame eine dritte Amtszeit an, in der DR Kongo Joseph Kabila, in Kongo-Brazzaville ist Denis Sassou-Nguesso hinter dem Thema her, und bei Yoweri Museweni in Uganda ist die Nachfolge auch nicht geregelt.



Autor: Dr. Markus Weilenmann, bis Frühling 2015 politischer Berater der Internationalen Konferenz der Grossen Seen (ICGLR)

In den letzten Monaten ist aber vor allem ein Land diesbezüglich in den Vordergrund getreten – Burundi, wo Präsident *Pierre Nkurunziza* ob seines Machtanspruchs ein Auseinanderbrechen von Staat und Gesellschaft in Kauf nimmt. Bereits seine Ankündigung Ende April, trotz anderslautendem Wortlaut der Staatsverfassung und des Arusha Friedensvertrags bei den Wahlen noch einmal anzutreten, mündete in wochenlange Strassenproteste, die blutig niedergeschlagen wurden. Mitte Mai folgte ein misslungener Versuch, per Staatsstreich Präsident Nkurunziza aus Amt und Würden zu jagen.

Haft, Folter, Erschiessungen, Flucht

Es folgte eine massive Einschränkung der Rede- und Pressefreiheit, die Schliessung und Zerstörung sämtlicher Privatradiostationen und die Verfolgung regierungskritischer Personen und Organisationen. Allein während der Vorwahlperiode (April–Juni) wurden um die 100 wehrlose Demonstranten von Polizeikräften erschossen und gegen 1000 Demonstranten in die Gefängnisse geworfen und dort teils vom Geheimdienst gefoltert. Gegen 170000

Personen sind ins benachbarte Ausland oder nach Europa geflohen – unter ihnen auch der Präsidentensprecher, der 2. Vizepräsident, der Vizepräsident des Verfassungsgerichtshofes und der Parlamentspräsident.

Resultate vor der Wahl im Umlauf

Die Parlaments-, Senats- und die Präsidentschaftswahlen verkamen zu einer Farce und wurden von der Opposition boykottiert. Wegen eines Missgeschicks der nationalen Wahlkommission CENI¹ kamen die (offenkundig fabrizierten) Wahlergebnisse der Parlamentswahlen bereits vor ihrer Durchführung in UNO- und Diplomatenkreisen in Umlauf und für die Präsidentschaftswahlen am 21. Juli trat einzig der formal nicht mehr wählbare Präsident Nkurunziza als ernst zu nehmender Kandidat an. Nach den Wahlen, die er natürlich gewann, schien vorerst Ruhe einzukehren und erste Stimmen für ein pragmatisches Vorgehen wurden laut, zumal der Führer der wichtigsten Oppositionspartei FNL, Agathon Rwaso, trotz vorgängigem Wahlboykott im neugewählten Senat Einsitz nahm.



FOTO: JEROME DELAY / ASSOCIATED PRESS

Attentat auf Adolph Nshimirimana

Doch bereits am 2. August war alles wieder anders. An diesem Sonntag wurde der berüchtigte Armeegeneral und ehemaliger Geheimdienstchef Adolph Nshimirimana, für viele die rechte Hand des Staatschefs, Opfer eines Attentats. Und in Addis Ababa formierten sich die übrigen Oppositionsparteien zu einer gemeinsamen Plattform CNARED mit dem Ziel, die demokratischen Verfassungsstrukturen wieder herzustellen und Präsident Nkurunziza aus Amt und Würden zu jagen, sei es mit oder ohne Gewalt. Bereits erschienen unverhohlene Aufrufe zu einem Waffengang.

Wie konnte es nur so weit kommen? Burundi schien sich in den vergangenen Jahren vom letzten Bürgerkrieg (1993–2000) einigermaßen zu erholen, es etablierte sich eine vielfältige, aktive Parteien- und Zivilgesellschaft, nach den langen Jahren der Tutsiregimes setzte sich eine erstaunliche Rede- und Pressefreiheit durch, die internationale Gebergemeinschaft unterstützte aktiv Demokratie- und Dezentralisierungsvorhaben, Militär und Polizei wurden geschult, Projekte zur Vergangenheitsbewältigung realisiert usw. Noch an der internationalen Geberkonferenz in Genf 2012 verpflichtete sich Burundi, Massnahmen zur Verbesserung der Menschenrechtssituation zu ergreifen, zur Förderung von Rechtsstaatlichkeit, Demokratieförderung, zur Durchführung von inklusiven und transparenten Wahlen usw. und Burundi wiederholte seine verpflichtenden Zusagen noch im Dezember 2014. Und nun ist alles anders.

An Zeichen hat es nicht gefehlt

Im März 2014 wurde ruchbar, dass die Regierung Nkurunziza im Ost-Kongo daran ist, nach dem Vorbild der gefürchteten Interahamwe eine paramilitärische Jugendmiliz, die Imbonerakure aufzubauen und in die Polizeistrukturen zu integrieren; im Mai und Juni häuften sich Berichte aus dem Landesinnern von politisch motivierten Folterungen

¹CENI = Commission Électorale, Nationale et Indépendante

und Morden; im September 2014 wurden in Bujumbura drei Nonnen umgebracht, wohl weil sie mehr über die Jugendmiliz wussten, als dem Geheimdienst lieb war; im Oktober erschienen Berichte von über 40 Leichen, die im Rweru-See (Nord-Osten) umher schwammen; Oppositionspolitiker und Vertreter der Zivilgesellschaft wurden unter fadenscheinigen Vorwänden ins Gefängnis geworfen, politische Oppositionsparteien zerschlagen usw. Und was unternahm die internationale Gebergemeinschaft? Wie manifestierte sich die «Konditionalisierung von Entwicklungszusammenarbeit»? Gewiss, mittlerweile hat sie sich, soweit es geht, aus der Regierungszusammenarbeit zurück gezogen, die Budgethilfe wurde heruntergefahren (Burundis Staatshaushalt ist zu 52% geberfinanziert), Aufrufe zum Dialog wurden lanciert, die Ost-Afrikanische Wirtschaftsgemeinschaft EAC und die Afrikanische Union im Aufbau von Vermittlungsbemühungen unterstützt – und sonst? Im grossen und ganzen reduziert sich das Engagement der Gebergemeinschaft auf Rückzug und Appell. Die Frage ist berechtigt, ob das reicht, ob unter «Konditionalisierung von EZ» nicht etwas mehr zu verstehen wäre. Denn die Flüchtlinge, die täglich über das Mittelmeer zu uns strömen, sind auch eine Folge dieses Politikversagens. ● *Markus Weilenmann*

Treffen des Exekutivkomitees des Parlamentsforums der Grossen Seen in Kinshasa

Dem Parlamentsforum gehören 12 Staaten an. Fast alle sind mit einer gemeinsamen Grenze verbunden. Konflikte greifen leicht von einem zum andern Land über. In Kinshasa wurde Ende Juli die Plenumsversammlung des Parlamentsforums der Grossen Seen vom kommenden Dezember in Luanda/Angola vorbereitet.

Ich verfolgte das Treffen des Exekutivrats mit dem Projektleiter von AWEPA, *Patrick Luabeya*, zusammen vor Ort. Wir konnten mit Befriedigung feststellen, dass das Forum gute Fortschritte macht und sich langsam aber stetig konsolidiert. 10 von 12 Staaten schickten ihre Parlamentsdelegationen. Die Delegation aus Burundi war wegen der politischen Krise in Burundi leider nicht angereist. Und Tansania fehlte, weil dessen ParlamentarierInnen im Wahlkampf stecken. Als gutes Zeichen galt sicher die Anreise der AngolanerInnen. Angola stiess als letztes Mitglied zum Forum und wird die im Dezember anstehende Plenumsversammlung in Luanda beherbergen.

Der Friedensprozess in der Region stockt unter den Kriegswirren und Regierungskrisen im Südsudan, in Zentralafrika und neu in Burundi (siehe dazu den Bericht Seite 2). Es ist darum wichtig, dass der Dialog zwischen den betroffenen Ländern und ihren Parlamenten um jeden Preis weitergeht. In Kinshasa wurde beschlossen, nächstens eine Delegation des Forums nach Burundi zu entsen-

den, um sich im Namen des Forums der 12 Staaten der Grossen Seen für eine friedliche Konfliktlösung einzusetzen.

Das Exekutivforum verabschiedete nach intensiver Diskussion zuhanden des Plenumstreffens verschiedene Resolutionen zu den Konflikten in Burundi, Zentralafrika, Südsudan und zur Demokratischen Republik Kongo (Ost-Kongo).

Das Forum ist nur so stark und aktiv wie seine Mitglieder. Jedes Mal ruft der Generalsekretär deshalb die 12 Mitgliedsstaaten zur pünktlichen Begleichung der Mitgliederbeiträge auf. Die Zahlungsmoral lässt nach wie vor zu wünschen übrig, aber es gibt Fortschritte zu verzeichnen: So übernahm diesmal doch die Mehrheit der Parlamente die Reisekosten ihrer Delegierten selbst. Und Uganda hat alle ausstehenden Beiträge seit 2012 im Umfang von 700'000 Dollars in einem Coup beglichen. Das Jahresbudget des Forums beträgt 1.5 Millionen Dollars. Die Schweiz und Belgien beteiligten sich bisher mit je 10% daran. ●

Therese Frösch, politische Koordinatorin Projekt Grosse Seen

Interview mit Pierre-François Veillon zu seinem Besuch der Region der Grossen Seen

«Problemlösung in dieser durch Gewalt und Krieg versehrten Region stärken»

Was waren Motivation und Ziel dieser Mission?

Im Mittelpunkt stand die Evaluation der Entwicklung des Parlamentsforums von 12 Staaten rund um die Grossen Seen. Der Aufbau wird seit Beginn mit Schweizer Geldern unterstützt. Der vierjährige Vertrag zwischen DEZA und AWEPA geht 2016 zu Ende. Auf Wunsch der DEZA erstellen wir einen Evaluationsbericht.

Warum braucht es dieses Forum?

Die Region der Grossen Seen ist fra-

gil, gekennzeichnet durch Instabilität, wiederkehrende bewaffnete Konflikte und Armut. Die Internationale Konferenz der Grossen Seen hat zum Ziel, mit einem regionalen Ansatz die Bekämpfung von Genozid, Krieg und Menschenrechtsverletzungen besser zu bewältigen. Es ist wichtig, dass neben den Regierungen auch die nationalen Parlamente in diesen Friedensprozess eingebunden werden.

Wie entwickelt sich das Forum, was sind die Defizite?



Pierre-François Veillon, Vorstandsmitglied AWEPA Schweiz

Das Forum begann seine Aktivitäten 2008, ist also verhältnismässig jung und braucht noch Unterstützung. >

> Interview mit Pierre-François Veillon

Zuerst mussten Strukturen geschaffen werden, damit überhaupt erste Zusammenkünfte zwischen den 12 Parlamenten stattfinden konnten. Der Sitz des Sekretariats ist heute in Kinshasa, der Generalsekretär ist aus Rwanda. Erst danach konnte mit den eigentlichen Aktivitäten begonnen werden. Es braucht sicher noch eine gezieltere Vermittlung und den Austausch von Wissen sowie ein verfeinertes diplomatisches Handwerkzeug, um die interparlamentarische Zusammenarbeit wirksam zu fördern.

Was sind die ersten Erfolge?

Es gibt eine gute Führungsequipe mit einem engagierten Sekretär in Kinshasa, welche das Parlamentsforum führen. Es wird regional diskutiert. Und es wurden bereits mehrere interparlamentarische Missionen in Krisengebiete wie Bangui, Juba und Goma organisiert.

Hat das Parlamentsforum Einfluss auf die Friedensarbeit der Interna-



tionalen Konferenz der Grossen Seen?

Es besteht zwar ein regelmässiger Informationsaustausch, das Parlamentsforum muss aber noch zulegen, um von der ministeriellen Konferenz auch genügend beachtet zu werden.

Wie ist dieses Projekt aus Schweizer Sicht zu bewerten? Wie wirksam ist diese Unterstützung?

Die Schweiz erachtet gute Gouvernanz und die Stärkung der Parlamente als wichtige Erfolgsfaktoren für Staat und Gesellschaft. Das Projekt ist gut. Es hat zum Ziel, die gemeinsame Willensbildung zur Problemlösung in die-

ser seit Jahrzehnten durch Gewalt und Krieg versehrten Region zu stärken.

Wie beurteilen Sie die Zukunft des Forums angesichts von Unsicherheit und neu aufgeflamten Konflikten?

Die Situation in dieser Region ist sehr schwierig, man muss sich schon nur vor Augen halten, was zurzeit in Burundi abgeht. Ich bin deshalb überzeugt, dass die Anstrengungen des Forums Richtung Dialog und Frieden nie wichtiger waren als heute.

Was hat Sie am meisten beeindruckt auf dieser Reise?

Das, was uns die einzelnen ParlamentarierInnen erzählten: «Heute setzen sich ParlamentarierInnen an einen Tisch und sprechen miteinander. Etwas, das unvorstellbar war vor einigen Jahren, sei es beispielsweise zwischen Rwanda und der Demokratischen Republik Kongo oder dem Sudan und dem Südsudan». Es geht hier um eine hoffnungsvolle Initiative, die weiter gefördert werden sollte. ●

AWEPA Schweiz + international

In eigener Sache

Am 18. Oktober finden die eidgenössischen Wahlen statt. Zum Ende der Legislatur sind personelle Wechsel in der Führung der parlamentarischen Gruppe AWEPA zu erwarten. Die Präsidentin der Sektion AWEPA/Schweiz, *Maja Ingold*, kandidiert erneut für den Nationalrat und wird die Sektion nach der zu erwartenden Wiederwahl weiterführen. Die Vorstandsmitglieder *Pierre-François Veillon*, *Christine Egerszsesi* und *Francine John* verlassen die Bundesversammlung. Ihnen sei für ihr Engagement herzlich gedankt! Als ehemalige Abgeordnete können sie weiterhin als Mitglieder mit AWEPA verbunden bleiben. Für das Sekretariat wird eine Nachfolgelösung gesucht, da *Therese Frösch* das AWEPA-Sekretariat wie auch ihr Mandat als politische Koordinatorin und Council-Mitglied per Ende 2015 aufgibt. *Benoît Meyer-Bisch* war in den vergangenen vier Jahren unser Projektleiter seitens der DEZA. Seit



Das neu gewählte Exekutivkomitee 2015–2019 von AWEPA mit Maja Ingold. Hintere Reihe v.l.n.r.: Egidijus Vareikis (Beobachter), Alain Destexhe, Petra Bayr (Vizepräsidentin), Henk Jan Ormel. Vordere Reihe v.l.n.r.: Kerstin Lundgren, Maja Ingold, Olivia Mitchell, Staatsministerin Miet Smet (Präsidentin), Tadeusz Iwinski (Beobachter) und Josep Maldonado i Gili (Beobachter).

1. August ist er neu für die DEZA im Benin tätig. Auch ihm gebührt herzlichen Dank für die gute Zusammenarbeit! Der vierjährige Vertrag zwischen AWEPA und DEZA ist zurzeit in der Evaluations- und Erneuerungsphase.

Die solidarische Vernetzung der Parlamente zwischen Nord und Süd wird je länger je wichtiger. Die AWEPA-Sektion Schweiz ist überzeugt,

mit den durch sie begleiteten und von der DEZA unterstützten Projekten weiterhin einen - wenn auch bescheidenen Beitrag an Friedens- und Gouvernanzprozesse in Afrika zu leisten.

Mit bestem Dank und den besten Wünschen

Maja Ingold,
Präsidentin AWEPA/Schweiz ●